

Die Lage im Ruhrgebiet

Generalstreik in Bochum und Dortmund

Bochum, 30. März.
Der alte Arbeiterrat ist hier abgesetzt und durch einen radikalen ersetzt worden. Der neue Arbeiterrat hat den Generalstreik proklamiert. Es wird die sofortige Zurückziehung der Truppen und die Aberufung des Generals von Baiter verlangt. Die Straßenbahnen haben auf allen Linien den Betrieb eingestellt, ebenso fahren die Personenzüge der Staatsbahnen nicht. Gegenwärtig findet eine Massenversammlung auf dem Volkspark statt. Die bisherigen Setzungen ergehen nicht. — Auch in Dortmund ist der Generalstreik proklamiert worden.

Düsseldorf, 30. März.
Der aus Wehrheitssozialisten, Unabhängigen und gemäßigten Kommunisten bestehende Volksgutrat in Düsseldorf ist heute vormittag von radikalen Kommunisten vertrieben worden. Es wurde ein rein kommunistischer neuer Volksgutrat gebildet, der aber kaum von langem Bestand sein wird.

Karlsruhe, 30. März.
Aus Essen wird gemeldet: Der Rote Zentralrat in Westfalen stellt Freitag in funktionsgeographischer Verbindung mit dem Kasseler Zentralrat und mit der Oberleitung der gegen Polen marschierenden russischen Armee.

Der Vormarsch beginnt

(Von unserem hi-Sonderberichterstatter)
Berlin, 30. März.
Die Beratung der Reichsregierung mit dem General von Seeck dauerte heute nachmittags an. Die militärischen Besprechungen im Maßgebendsten gehen ihren Gang weiter. Nach Ablauf des Ultimatum um 12 Uhr mittags wurden die einzelnen Truppenverbände schrittweise vorgehoben. Die Maßnahmen sollen vor allem einen moralischen Druck ausüben.

Genève i. S., 30. März.
Die Massenmieberlegung war durch vorhergehende Verhandlungen bis einschließlich Mittelnachmittag. Das Ultimatum der Reichsregierung, insbesondere die scharfe Form der Zusätze des Wehrheitskommandos, die für unausführbar gehalten und von der Arbeiterchaft so aufgefaßt wurden, als wenn sie das Violefelder Abkommen aus der Welt schaffen sollten, hat den Ausbruch wieder entzündet. Infolge dessen ist der Generalstreik erstattet worden. Die Arbeiterchaft ist „überzeugt“, daß der weiße Terror nach ungarischem Muster durch eine „Militärdiktatur Watters“ beschleunigt sei. Sie ist erfüllt von bergsteigender Entschlossenheit, die Insubordination zu bekämpfen und Scheitern vor Sprengung der Schächte nicht zuzulassen.

Erweiterte Vollmacht für Severing

Berlin, 30. März.
Amstich. Im Anblich an die Vorkommnisse im Ruhrgebiet hat die Reichsregierung dem Reichs- und Staatsminister Severing folgende erweiterte Vollmacht erteilt: Die Vollmacht des Reichs- und Staatsminister Severing wird dahin erweitert, daß Gefangenengen über militärische Operationen in dem Gebiet, für das er beauftragt ist, im Einvernehmen mit ihm erfolgen sollen. Er wird ferner bevollmächtigt:

1. zu prüfen und zu entscheiden, ob Personen, die in Schutzhaft oder in eine nicht gerichtlich bestätigte Haft genommen sind, festgehalten oder vorbehaltlich des gerichtlichen Verfahrens zu entlassen sind;
2. die Namen derjenigen Personen zu bezeichnen, deren Verhaftung oder sonstige disziplinarische Verfolgung er empfiehlt, weil sie an der Bewegung von Wapp und Freiheit von Lüthi mitgewirkt haben oder deren Verhaftung als Führer, Helfer oder Teilnehmer an der Bewegung angesehen werden kann; die Namen derjenigen Personen, die er ermächtigt, unter Bevollmächtigung für einzelne Städte oder Bezirke zu ernennen, die in militärischen Stellen als politische Berater zur Seite stehen.

Sämtliche Behörden werden ersucht und alle Organisationen, Verbände und andere Stellen werden aufgefordert, dem Reichsminister und seinen Untervervollmächtigten jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Paris, 30. März. (Genoa.)
Der Regierung soll von dem russischen Staat ein Plakat eine Note über die Befreiung des Ruhrgebiets auszugehen sein, die heute vormittag von dem Gesandten der Vereinigten Staaten Hughes Wallace dem Ministerpräsidenten Milukow überreicht worden ist.

Ein neuer Streik in Berlin?

Das Ultimatum der Arbeiter.
(Von unserem hi-Sonderberichterstatter)
Berlin, 30. März.

Zu den Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter mit der Regierung wird noch mitgeteilt, daß folgendes Ultimatum an die Reichsregierung gestellt wurde:
Die Stigung der am Abbruch des Generalstreikes beteiligten Arbeiterorganisationen und Parteien beschließen, die Regierung zu erziehen:
1. eine weitestgehende Zustimmung zu dem Violefelder Abkommen zu geben;
2. die über dieses Abkommen herausgehenden militärischen Schritte und Maßnahmen aufzuheben;
3. den General Watter abzurufen und eine 48stündige Frist für die Ausführung des Violefelder Abkommens anzugeben.

Mit diesem Ultimatum begab sich eine Delegation zum Reichsminister um sich ihm über die Forderungen zu verständigen. Falls die Regierung auf dieses Ultimatum nicht eingehen wollte, oder auch nur eine dieser Forderungen ablehnt, soll der sofortige Generalstreik für Berlin proklamiert werden.
Es ist weiter heißt, waren das die Zusicherungen, die der Reichsminister, der Reichsregierung in Berlin, die Minister Oberberg und Braun, gemacht haben. Die Regierung hat aber bis jetzt ihre Zustimmung noch nicht zu dem Violefelder Abkommen gegeben. Ob die lebenswichtigen Betriebe bei dem Generalstreik einbeschlossen sind oder nicht, ist zur Stunde noch unklar. Es ist jedoch zu befürchten, daß auch die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht vom Ausfall fern halten werden.

Die Pläne der Radikalen

Frankfurt a. M., 30. März.

Nach Paris ruhe wird von zuführender Stelle gemeldet: Nach aufgegebenen Versuchen haben die Kommunisten den heutigen 30. März als den Tag des allgemeinen Sozialistengesetzes befristet. Von Rannstein und Gutjahr aus soll der Sturm auf der ganzen Linie auch in Süddeutschland einleiten. Von Norddeutschland aus will man die fidelesten Kommunisten mit Maschinengewehren und Munition versehen. Zunächst soll aber Frankfurt in ihre Gewalt gebracht werden, damit von dort aus die Bewegung in Süddeutschland geführt werden könne. Aus einem in russischer Sprache abgefaßten Brief an Offen geht hervor, daß alle Vorbereitungen zur Erreichung dieses Erfolges, also des gematigten Umsturzes, getroffen worden sind. Es handelt sich also um einen regelrechten Aufstand, gegen den sich die gesamte Bevölkerung Weidens ohne Unterschied der Partei wie ein Mann aufstellen muß. Denn auch nur ein vorübergehender Erfolg der Kommunisten würde unsere gesamte Lebensmittellieferung ins Stocken bringen und damit sofort die Gefahr einer Hungertod heraufbeschwören. Die politischen Wirren in der Gegenwart betragen keine Steigerung. Mit allen Mitteln muß deshalb den notwendigen Plänen der Kommunisten entgegengetreten werden. Die Frankfurter Arbeiterbewegung beabsichtigt gestern in einer Versammlung, sofort in den Generalstreik einzutreten, falls die Reichswehrtruppen das rheinische westfälische Industriegebiet betreten würden.

Die Vorlage über die Auseinandersetzung des preussischen Staates mit dem Saase-Subjektoren gilt in parlamentarischen Kreisen jetzt als gefährdet, da der neue Finanzminister Uedemann die Vorlage nicht in der vorgeschlagenen Form vertreten will. Sollte die Vorlage abgelehnt werden, so müßte die Frage die Rechte auf dem Saase-Subjektoren gleichmäßig auf 1400 Subjektoren stellen die Angelegenheit auf die lange Bank schieben, damit die Vorlage durch die Kameralien unter den Tisch fällt.
Die Heimkehr des ehemaligen Gouverneurs von Angtan, Werner-Waldow, der bisher internierte frühere Gouverneur von Angtan, hat am 27. März Note mit Bestimmungsort Hamburg zusammen mit 1400 Subjektoren und 1000 Subjektoren festgehaltenen nicht Familien verlassen.

zweige nicht an die Spitze des Reiches, und darum sollte die Verfassung geändert werden, daß eine solche Wahl unmöglich wäre. Die aus Berlin zurückgekehrten Volksmänner kalkulierten, daß sich im Reichstags und erst recht in der Nationalversammlung eine Zweidrittelmehrheit für einen Sündenbörg auf keinen Fall finden würde. Aus der Abicht dieser „Volks“regierung spricht nicht nur die natürliche Ablehnung des beschränkten Schiedsrichters gegen den großen Mann, sondern auch die egoistische Befürchtung, daß das Reichspräsidenten durch einen selbstlos dem Vaterlande dienenden Reichspräsidenten werden könnte. Wirft allein das schon abstoßend, so muß die aus solcher Gewinnung entpringende Handlung geradezu verwerflich und auf das Rechtsempfinden des gesamten Volkes einwirken. Die Nationalversammlung hat den Auftrag erhalten, eine Verfassung zu schaffen, sie hat aber nicht den Auftrag erhalten, die Verfassung, nachdem diese beschaffen und in Kraft getreten ist, zu ändern. Die Verfassung legt ausdrücklich, daß eine Veränderung an ihr nur von dem auf ihrer Grundlage neu gewählten Reichstag vorgenommen werden könne. Entgegen dieser klaren Bestimmung aber hatte die Reichspräsidenten die Verfassungsänderung bezüglich der Wahl des Reichspräsidenten schon von der Nationalversammlung beschließen zu lassen. Das würde ein ganz klarer Verfassungbruch gewesen sein, beruht zu dem ausschließlich dem Zweck, dem Parteinteresse Vorteile zu verschaffen. Die Wehrheitspartien der Nationalversammlung und deren sich „Regierung“ nennender Ausschuss auf den Ministerpräsidenten hatten hinterher, nachdem die Verfassung schon in Kraft war, erwidert, daß sie mit der Bestimmung über die Präsidentenwahl eine „wie man jagt — Dummelei“ begangen hätten, und um diese „Dummelei“ zu beseitigen, fragten sie weder nach Recht noch nach Gerechtigkeit, sondern behandelten die von ihnen selbst beschlossene Verfassung wie einen Fetzen Papier!

Nicht vergessen werden soll auch, daß die Regierung Hert-Bauer-Roske verurteilt hatte, Neuwahlen zum ersten Reichstag überhaupt nicht stattfinden zu lassen, sondern einfach die Nationalversammlung, die in ihrer Zusammenfassung dem Volkswillen in keiner Weise mehr entspricht und deren Mandat längst erloschen ist, für den ersten Reichstag der Republik zu erklären, deren nachherigen den geistig anpruchsvollen Herrn Oberst zum Reichspräsidenten neu gewählt haben würde. Also Verfassungbruch über Verfassungbruch! Welche Wirkung auf die Bevölkerung muß es haben, wenn diese sieht, wie die Regierung Recht und Gesetz mit Füßen tritt und ganz willkürlich schaltet und walzt, welchen Niedergang muß die gesamte Volksmoral erleben, wenn jedem einzelnen im Volk solche nicht Beispiele gegeben werden! Wird es diese Verwirrer nicht begierig nachahmen und schließlich das Recht der höchsten Instanz und der gemeintem Gewinnung als Gesetz verkünden? Die Achtung vor der Heiligkeit des Rechtes hat noch keine Regierung ungekräftet untergeben!

Reizvoll und amüsant war ein Argument, das für die Notwendigkeit einer Veränderung der Verfassung über die Präsidentenwahl angeführt wurde. Man gab vor, herausgefunden zu haben, daß in der direkten Wahl durch das Volk der eigentliche Volkswille nicht in der Erleichterung liegt, dieser vielmehr erst in der indirekten Wahl durch die Nationalversammlung, bzw. den Reichstag, in voller Klarheit zum Ausdruck zu kommen. Es wurde mit Bezug auf die indirekten Wahlen geradezu von einem „geringen“ Volkswillen“ gesprochen und geschrieben, und den indirekten Wahlen ein förmliches Loblied gesungen. Das taten dieselben Leute, die beim indirekten preussischen Landtagswahlrecht gar nicht genug Worte des Mißtrauens finden und Beweise für die schädliche Wirkung der indirekten Wahl aufzählen konnten. „Wie anders, Gretchen“, jetzt! Ironie des Schicksals. h. b.

Eine neue Kaisernote

Ambsterdam, 30. März.
„Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß der belgischen Mächten zufolge Grund zu der Annahme besteht, daß die Alliierten in diesen Tagen eine neue Note in der Frage des Rußland-Interesses des ehemaligen deutschen Kaisers an die Niederlande richten werden.

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.
Von Max Kreuz-Galle.
Wir stehen hier auf einfallen Kösten.“ so fuhr er fort, „weit entfernt von anderen deutschen Städten, nur auf uns allein angewiesen. Aber trotzdem wollen wir das Köstliche, das wir besitzen, uns nicht nehmen lassen, unser Volkstum. Deutsch ist unsere Sprache, deutsch ist unsere Sitte, deutsch ist unser Glaube, deutsch ist die gesamte Kultur, auf der wir stehen, das wollen wir uns erhalten. Nur nicht kleinmütig werden in solchem Kampfe! Und wenn wirklich die letzte schwerste Stunde für uns käme, nur, ich denke, in der Hoffnung zu Wien ist man auch noch deutsch, und man wird dort deutsche Kulturzioniere nicht zugrunde gehen lassen!“

15. September 1865.
Nah! ich glaube, die Hoffnung auf die Wiener Hofburg, die der gute Watter neulich ausbrach, ist nur trügerlich. Die Herren da stecken ja in Sorgen bis an die Ohren, und mit dem schließlichen-hoffentlichsten Handel haben sie sich eine kümmerliche Summe eingehandelt. Sie werden sich hüten, sich die Ungarn um einer deutschen Gemeinde willen aufzufügen zu wollen! Dieselben Ungarn, die sie als Kriegslente zu notwendigen brauchen können, wenn über das Schicksal meiner meermühenigen Heimat die Waffen entscheiden sollten. Nein, nein! Von dort haben wir in der Stunde der Gefahr nichts zu hoffen, wir sind auf uns allein angewiesen. Meinen Schuldenplan, will ich in die Herzen schreiben.

„Ach! — Wer heult denn da so jämmerlich? — Ich habe abgedacht müssen. Es ist Elend geworden; jetzt erst kann ich fortgehen, hierweg zu straffen.“
„Was ich heute nicht wahr!“ tief mein guter Freund Friedrich, der jetzt hat und trübselig neben mir stand, „er ist doch dabei gewesen!“

Friedrich Wiedemann drang, ein prächtiges, aufgewecktes, feines Kerlchen, hält sich mit beiden Händen sein rotangefärbtes launes rechte Wade und heult, daß es einen Stein erbarmen könnte.

„Was hast du denn, mein Junge?“ frage ich.
„Er hat mich geschlagen! Du, du, du!“
„Wer hat dich geschlagen?“
„Der fremde Mann, der Polack, der in der Wirtschaft ist und Pferde kaufen will!“

„Ich entkam nicht, Wichtigt! Ich hatte einen Mann in der Dörfschänke geben sehen, von dem es hieß, er wolle Pferde kaufen. Es war ein Pole aus der Nachbarchaft.“
„Dann hat er dich geschlagen?“ frage ich wieder.
„Weil ich geunnen habe!“
„Was hast du denn geunnen?“
„Deutschland, Deutschland über alles“, was wir neulich gelernt haben! „Sollt nicht singen Lieb verfluchtiges“, hat er gesagt!“

„Zeit heute nicht mehr!“ sage ich. „Komm mit!“
„Ich nahm den Jungen, der sich die Kränen aus den Augen wusch, der der Sand und ging mit ihm hinüber in die Wirtschaft. Der Pole sah mit dem Schandwirt am Tisch zusammen; sie redeten polnisch miteinander.“

„Dann haben Sie den Jungen geschlagen?“ frage ich.
„Er sah mich groß an, sprach kein Wort.“
„Dann Sie den Jungen geschlagen haben?“ wiederholte ich.
Keine Antwort.

„Wollen Sie mir Rede stehen oder nicht?“
Meine Frage muß wohl drohend genug geklungen haben, denn er sprang mit einem Geize hinter den Tisch. Dann lachte er und sagte:
„Nix deitsch!“

„Ich wandte mich an den Schandwirt. Der aber meinte, er wolle mich nicht.“
„Was ich nicht wahr!“ tief mein guter Freund Friedrich, der jetzt hat und trübselig neben mir stand, „er ist doch dabei gewesen!“

„Na also!“ sagte ich. „Wie wars?“
Der alte Gedanke wollte nicht mit der Sprache heraus. Jetzt riß mir die Geduld über und ich sagte:
„Raus schnell!“ befahl ich Friedrich. „Geh zum Ortsvorsteher Reiner und sage ihm, er möchte gleich hierher kommen, es habe einer des Dorfes Frieden gebrochen! Begrüß nicht: es habe einer des Dorfes Frieden gebrochen!“

Wie ein Vogel schoß Friedrich Wiedemann davon. Ich aber letzte mich an einen Tisch und wendete kein Auge von dem Polack. Dem schien es ungemächlich im werden, denn sein Blick ludte die Tür. Aber ich sah so, daß er, wenn er das Zimmer verlassen wollte, an mit darüber mühe, und er sah meine entschlossenen Züge wohl an, daß ich ihn nicht gutwillig hinauslassen würde.

„Ehron war auch der Ortsvorsteher da. Mit wenig Worten erzählte ich ihm, was es gegeben, und Friedrich Wiedemann bestätigte triumphierend meine Erzählung.
„Er wird eine Ruhe andern und die Eltern des Jungen um Verzeihung bitten!“ entschied der Ortsvorsteher. „Uebrigens verliest Herr Stawinski sehr gut Deutsch! Nicht wahr, Herr Stawinski?“

Der Pole grüßte.
„Sie haben dann auch alles verstanden, was hier gesprochen ist“, fuhr Reiner fort. „Welchen Grund hatten Sie, den Jungen zu schlagen?“

„Da ich der Pole, daß es ernst wurde. — Er griff in eine Lederkapsel und holte eine Sand voll Silbermünzen heraus. „Werd' ich bezahlen Schmerzensgeld!“ Reiner nickte.

„Jawohl! Und die Eltern des Jungen um Verzeihung bitten!“ sagte er hinzu.
Der Pole fuhr einen Blick aus. Aber er lächelte den unheimlichen Sinn des Ortsvorstehers zur Genüge zu kennen, um zu wissen, daß alle Widerworte nicht helfen würden und man ihm, wenn er sich weigerte, Pferde und Wagen mit Beschlag belegen werde.

„Nur eine geistliche Handbewegung Reiners folgte ihm der Pole: Friedrich und ich gingen hinaus. Der

